

Aktuelle Probleme beim Verständnis der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes in postkommunistischen Ländern: das Beispiel Kroatiens

VELIMIR PRAVDIĆ

Meeresforschungszentrum, Institut Ruder Bošković, Zagreb

ZUSAMMENFASSUNG

Gegenstand der Diskussion ist die Entstehung und Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit sowie seine Interpretation in zwei europäischen Regionen, der westlichen Europäischen Gemeinschaft und den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, zu denen auch Kroatien gehört. Ein Überblick über das Historiat des Umweltschutzgedankens in den vergangenen 25 Jahren weist auf rasche Veränderungen hin, denen die ehemaligen kommunistischen Länder aus ideologischen Gründen nicht folgten. Besondere Aufmerksamkeit schenkt der Autor der Frage des Mangels an präzisen Definitionen und Kriterien zur Erkennung der Nachhaltigkeit, wobei er einige Kriterien der Nachhaltigkeit nennt, die in der modernen Weltliteratur vorgeschlagen werden. An Beispielen der Durchführung internationaler, auf der UN Konferenz in Rio de Janeiro angenommener Konventionen wird auf die Mängel der gegenwärtigen Nachhaltigkeitspolitik in Kroatien hingewiesen.

GRUNDBEGRIFFE: erhaltbare Entwicklung, Kroatien, Nachhaltigkeit, Umweltschutz

Einleitung: Die Entwicklung ökologischer Voraussicht

Die vorliegende Darstellung lehnt sich an die Erscheinung einiger aktueller Trends im Paradigma der neuen Herangehensweise an die wirtschaftliche Entwicklung und den Umweltschutz an. Sie wird in Form einer Vision der Naturwissenschaftler dargelegt, und dies bildet ihr Hauptthema. Der Einstieg in soziologische und ökonomische Betrachtungskategorien ergibt sich als Notwendigkeit: ohne diese Kategorien wäre ein Verständnis aktueller Trends bei der Durchführung der dauerhaft umweltgerechten Entwicklung und des Umweltschutzes unmöglich. In diesem Sinne werden auch geschichtliche Dimensionen der weltweiten Entwicklung des Umweltschutzgedankens angeführt.

Einige geschichtliche Dimensionen der Gedanken zu Umweltschutz und Entwicklung

Eine Übersicht der bedeutendsten Ereignisse in der Entwicklung des Umweltschutzgedankens und gleichzeitig des Gedankens über die Einheit der wirtschaftlichen und ökologischen Voraussicht im System der modernen Welt läßt sich mit den letzten 25 Jahren dieses Jahrhunderts zusammenfassen. In der *Tabelle 1* sind jene Ereignisse auf weltweiter Ebene angeführt, die ich zum Verständnis dieser Arbeit als notwendig erachte.

Die Grundlage der Betrachtung ist auf jeden Fall die 1972 in Washington abgehaltene Umweltkonferenz. Vorausgegangen war ihr eine große Aufmerksamkeit der Medien, die ein Jahr zuvor durch die Veröffentlichung des Berichtes **Wachstumsgrenzen** des Klubs aus Rom ausgelöst worden war. Obwohl sich die Prognosen des Klubs aus Rom als unrichtig erwiesen, was auch die Autoren selbst einem Fehler im mathematischen Modell zuschrieben, kündigte dieser Bericht dennoch einen Wechsel des Paradigmas der wirtschaftlichen Entwicklung an. Meines Erachtens ist der Bericht **Wachstumsgrenzen** einer der Vorboten des Abgangs von J.M. Keynes Wirtschaftstheorie von der Weltbühne.

TABELLE 1

Geschichte der Bemühungen zu Umweltschutz und Entwicklung
(Ereignisse der vergangenen 25 Jahre: 1971–1996)

1971/2	CLUB OF ROME: WACHSTUMSGRENZE
1972	UNCHE, STOCKHOLM
1981	ICIDI (W. BRANDT): NORDEN – SÜDEN
1983	UN KONVENTION ÜBER DAS SEEGESETZ (NOV. 1994!)
1986.	WCED (BRUNDTLAND): UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT Nachhaltigkeit
1989	ZERFALL DES KOMMUNISMUS – FALL DER BERLINER MAUER CLUB OF ROME: ÜBER DIE WACHSTUMSGRENZE HINAUS
1990	STOCKHOLMER INITIATIVE ZUR GEGENSEITIGEN SICHERHEIT
1991	KROATISCHE UNABHÄNGIGKEIT UND BEFREIUNGSKRIEG IUCN: STRATEGIE ZU DAUERHAFT UMWELTGERECHTEN LEBEN ASCEND 21 (Wien): WISSENSCHAFT FÜR ENTWICKLUNG
1992	WCED: ÜBER UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT HINAUS UNCED: AGENDA 21
1993	GATT: KEIN UMWELTSCHUTZAUSSCHUSS!
1994	WB: GEF – Phase 2
1995	SOFIA: MINISTERKONFERENZ ZU EUROPAS UMWELT FRIEDENSABKOMMEN VON DAYTON (November)
1996	IUCN: WELTKONGRESS ZUM UMWELTSCHUTZ (MONTREAL)

Die Veröffentlichung des Berichtes „Norden – Süden“ der Brandt-Kommission war die erste autoritative Studie, die aufzeigte, daß die ideologischen Unterschiede zwischen Osten und Westen in absehbarer Zeit gelöst werden können, daß aber die wirtschaftliche Kluft zwischen Norden und Süden außerhalb des Wirkungsbereichs der Politiker und politischen Systeme des 20. Jahrhunderts bleiben und einen der Schlüsselfaktoren des menschlichen Weiterbestehens darstellen wird.

Der Bericht von Brundtland, **Unsere gemeinsame Zukunft** führte den Begriff der Nachhaltigkeit in die sprachliche Sphäre ein und gab ihm eine der Definitionen, die die Bedürfnisse und Bestrebungen zukünftiger Generationen berücksichtigt. Obwohl die Begriffsbestimmungen der **Nachhaltigkeit** reich an der Zahl und verschiedenartig sind, bilden sie heute einen Bestandteil der Sprache jeder politischen Macht und der Mehrzahl der Politiker in der ganzen Welt. Als Wissenschaftler übernehme ich zur weiteren Verwendung die Definition der Nachhaltigkeit als jene Entwicklung, die die Lebensqualität durch ein Leben innerhalb der Aufnahmefähigkeit des Ökosystems voranbringt, welches es unterstützt.

Die späten sechziger Jahre dieses Jahrhunderts brachten der entwickelten Welt die Erkenntnis von der Umweltverschmutzung als Grundproblem, daß die moderne Industriegesellschaft begleitet. Daraus folgte der Stockholmer Umweltkongress von 1972 und die Gründung des UNEP, eines Umweltschutz-Sonderprogramms der Vereinten Nationen.

Mitte der siebziger Jahre gewannen die Aktionen an Entschiedenheit und mit entsprechender finanzieller Unterstützung auch an Wirksamkeit. Für diesen Lebensraum und für Kroatien war das Jahr 1975 wichtig, als die Konvention von Barcelona über den Schutz des Mittelmeers unterzeichnet wurde, die erste einer ganzen Reihe von Konventionen im Rahmen des Schutzprogramms für regionale Meere. Die achtziger Jahre wurden durch eine ganze Reihe internationaler Abkommen, Konventionen und Protokolle bestimmt. Die westliche, hochentwickelte Welt, die Welt der Marktwirtschaft, nahm die weltweite Wirtschaftskrise immer ernster. Die kommunistische Welt, die Welt der zentralen Planwirtschaft, stand im Grunde genommen außerhalb dieser Entwicklungen und betrachtete diese als ideologischen Angriff auf weniger entwickelte Länder. Dabei kam es, wie im Falle der Schrödinger- und Heisenberger Physik, zu einer Diskrepanz zwischen dem traditionellen Gedanken und einem neuen, sich auf Wissenschaften begründenden Verständnis. Auch bei den Problemen des Umweltschutzes begriffen die Wissenschaftler in kommunistischen Ländern die Tiefe der sie umgebenden Probleme und die wachsende Bedrohung, der sie sich früher oder später werden entgegenstellen müssen. Die Katastrophe von Tschernobyl einerseits und Gorbatschows **Glasnost** andererseits brachten einen Änderungsprozeß im Verständnis ökologischer Probleme und in den Machtstrukturen in kommunistischen Ländern in Gang.

Das Jahr 1989, das Jahr des Falls der Berliner Mauer, war für ökologische Betrachtungen ein Angelpunkt im Übergang zum Paradigma der Nachhaltigkeit zusätzlich zum Umweltschutz. Der Fall des Kommunismus als wirtschaftliche und politische Kategorie enthüllte der Öffentlichkeit in diesem Teil der Welt lange bekannte und meistens vernachlässigte Probleme der Wirtschaft und des Umweltschutzes, und damit auch grundlegender Menschenrechte. In diesem Zeitraum wurde Kroatien von einer Welle der nationalen Bewegung ihrer Befreiung von der kommunistischen Doktrine, aber auch von den Trägern dieser Doktrine, des kommunistischen Apparats von Jugoslawien, erfaßt.

Zwei außerordentlich wichtige internationale Dokumente erschienen 1991 bzw. 1992, beide als Vorläufer der Mitte 1992 in Rio de Janeiro abgehaltenen Umweltkonferenz der Vereinten Nationen.

Das erste dieser Dokumente ist die Strategie zu dauerhaft umweltgerechtem Leben, Sorge um die Welt, ein Schriftstück der IUCN, der Weltorganisation für Umweltschutz. Das zweite war die Agenda der Wissenschaften für Umweltschutz und Entwicklung für das 21. Jahrhundert (ASCEND 21), die von dem Internationalen Rat wissenschaftlicher Vereinigungen (ICSU) anhand der Unterlagen und Diskussionen von der im November 1991 in Wien abgehaltenen Konferenz aufgestellt wurde. Beide Dokumente sind das Produkt einer Gruppe von Wissenschaftlern, die durch ihre Erfahrung Vorschläge zu Änderungen sowohl im Verständnis als auch in der Praxis des modernen Lebens machten. Die Aufnahme dieser Dokumente in die Struktur der UN war mit einer Reihe von Kompromissen behaftet; es gab kleinere oder größere Korrekturen, sie verloren etwas an Konsistenz, aber beide Dokumente wurden zu wichtigen Bestandteilen im **Agenda 21**, dem Schlüsseldokument der UN Konferenz in Rio de Janeiro.

Der Westen nahm einige der in diesen Dokumenten enthaltenen Gedanken und Prinzipien auf und begann diese zu verwirklichen. Zahlreiche Länder der Dritten Welt verstanden die Rio-Konferenz jedoch als Druck der hochentwickelten auf die unterentwickelten Länder. Grund dafür fanden sie in beiden Konventionen über die Arbeit des GATT (Über die Erhaltung der Biodiversität und über die Verhinderung des Klimawechsels), in dessen Reihe von Ausschüssen keinen für Umweltschutz aufwies, und in der Arbeit der Global Environmental Facility, einer internationalen Finanzinstitution, die sich um Umweltschutz kümmert, indem sie sich mit jenen Problemen befaßt, die Länder mit ungenügend Kapital und mit den größten Problemen bezüglich der Nutzung natürlicher Ressourcen am stärksten belasten.

Die Ausführungen beziehen sich nicht auf Asien, Afrika oder Süd- und Mittelamerika und jene Länder, die mit schwersten Problemen zu kämpfen haben, die sich aus der Unterentwicklung, dem großen Bevölkerungswachstum und einer ganzen Reihe tiefgreifender politischer Instabilitäten ergeben. Diese Ausführungen gelten für Mittel- und Osteuropa, für jene postkommunistischen Länder, die den Anschluß an die Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur des Westens suchen, also an die Welt der Marktwirtschaft, der Einhaltung der Bürgerrechte, des politischen Pluralismus und der dezentralisierten Entscheidungsmechanismen. Der Grad an Hochschul- und Fachbildung der Bevölkerung ist an beiden Enden Europas etwa gleich, aber in wirtschaftlichen Maßstäben ist der Unterschied riesig.

Die Wertelemente des politischen und wirtschaftlichen Systems sind eingebaut in die grundlegenden Ausgangspunkte des Umweltschutzes, besser bekannt unter dem aktuelleren Begriff **Ressourcenmanagement** und deren Schutz vor irrationaler Nutzung. Eine Verbindung dieser Termine ist in dem Begriff **environmental management** enthalten, für den es eigentlich noch keine semantisch adequate Übersetzung ins Kroatische gibt, was auch die Rückständigkeit von Theorie und Praxis in diesem Land belegt.

Diese Veränderungen traten in Kroatien noch im Rahmen der ehemaligen Staatsform ein, was auch sämtliche ideologischen Beschränkungen einschließt, mit denen es sich abfinden mußte. Das Interesse Kroatiens lag in der Verwirklichung einiger wichtiger Konventionen; wollen wir dies anhand von Beispielen betrachten, so

bezieht sich das in erster Linie auf die Barcelona-Konvention über den Schutz des Mittelmeeres aus dem Jahr 1975. Die Grundsätze dieser Konvention und deren Einführung in Kroatien (genauer gesagt: im ehemaligen Jugoslawien) wurden nicht verwirklicht, falls man die Durchführung unter dem Aspekt der aus der Konvention hervorgehenden Verpflichtungen betrachtet. Dies bezieht sich vor allem auf jenen Teil, in dem ein Umweltmanagement (*environmental management*) gefordert wird. Berücksichtigt man alle Beschränkungen des politischen und wirtschaftlichen Systems der zentralen Planwirtschaft, einschließlich des jugoslawischen Modells der selbstverwaltenden politischen Struktur, sowie das Nichtvorhandensein der für die Verwirklichung der in dieser Konvention enthaltenen Grundsätze erforderlichen Menschenrechte, dann war dieses Resultat auch zu erwarten.

Nach dem Zerfall des ehemaligen Staates, nach dem Krieg, nach einigen Jahren des status quo in den Auswirkungen der Kriegsaggression kam dem Umweltschutz – und damit auch dem Schutz der adriatischen Meeres – eine geringere Bedeutung zu als dem Weiterbestand des neuen kroatischen Staates. Viele Länder dieser Region, die nicht mit den Problemen Kroatiens zu kämpfen hatten, befinden sich, unter Berücksichtigung der geographischen und sozialen Gegebenheiten, in einer ähnlichen Lage. Hinsichtlich seines Verhältnisses zum Umweltschutz unterscheidet sich Kroatien nicht wesentlich von anderen neu geschaffenen postkommunistischen Ländern. Auf Grund dieser Hypothese und auf Grund eigener Erfahrung kann der Fall Kroatien als charakteristisch für die Umstände in Mittel- und Osteuropa angesehen werden. Die Erörterung einiger Umstände sollte für das Verständnis der in dieser Region vorherrschenden Tragweite und Einschränkungen hilfreich sein.

PERSPEKTIVEN DER NACHHALTIGKEIT

Gibt es eine Definition der Nachhaltigkeit?

Meines Erachtens gibt es sie nicht. Das Problem der Definition des Begriffs **Nachhaltigkeit** ähnelt zahlreichen gleichartigen Problemen: es besteht das unbestrittene Gefühl, daß zwar der Bedarf nach einem gewissen Zustand von Verhältnissen und Regeln, genauer gesagt: der Bedarf nach einer gewissen Dynamik vorhanden ist, wir sind aber nicht in der Lage, nicht einmal uns selbst, geschweige denn andere davon zu überzeugen, woraus sich dieser Begriff oder dieser Zusatz genau zusammensetzt. Deswegen wird dieser Begriff von vielen als soziales Konstrukt, als leerer Begriff oder politisches Schlagwort bezeichnet. Genau das war auch das erste, möglicherweise auch das größte Hindernis bei der Einführung dieses Begriffs im System der zentralen Planwirtschaft: das Mißtrauen gegenüber den Bestrebungen des kapitalistischen Westens. Heute hat sich in Kroatien zumindest dieser Beziehungsaspekt wesentlich geändert, obgleich man auch heute noch auf der Suche nach Kriterien zur Erkennung der Nachhaltigkeit ist. Einige Erwägungen werfen dennoch etwas Licht auf die Entwicklung dieses Gedankens.

In *Tabelle 2* sind einige Grundsätze angeführt, die uns bei der Beschreibung und sogar bei der Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit hilfreich sein können. Die Kriterien teilen sich in vier Kategorien auf: ökologische, soziale/ethische, wirtschaftliche und politische (Chiras, 1995).

Über die in **Unsere gemeinsame Zukunft** enthaltene Begriffsbestimmung (Brundtland, 1987) muß nichts mehr gesagt werden. Von dieser Definition ist man abgekommen. Ich habe bereits auf Claude Martin (Vorsitzender des WWF – World Wide Fund for Nature) verwiesen, der den Grundsatz des Lebens innerhalb der Aufnahmefähigkeit des globalen Ökosystems eingeführt hat. Trotz aller weiteren Erwägungen und Studiums zeitgemäßer Literatur (z.B. Chiras, 1995) ist diese Definition für mich von grundsätzlicher und wesentlicher Bedeutung geblieben. Das Problem besteht nur darin, daß niemand so weit gekommen ist, die Aufnahmefähigkeit (*carrying capacity*) – weder des globalen, noch des regionalen, meistens nicht einmal des lokalen Ökosystems – aufzuzeigen oder auch nur einzuschätzen.

TABELLE 2
Grundsätze der Nachhaltigkeit

ÖKOLOGISCHE

GRENZEN

ABHÄNGIGKEIT

GEGENSEITIGE ABHÄNGIGKEIT

LEBEN INNERHALB DER AUFNAHMEFÄHIGKEIT

SOZIALE/ETHISCHE

SOZIALE GERECHTIGKEIT: INTER- UND INTRAGENERATIONAL GERECHTIGKEIT

NEUE ETHIK IN UMWELTFRAGEN

WIRTSCHAFT

MARKTGRENZEN

DEN BEDARF DER MENSCHEN DECKENDE ENTWICKLUNG

LEBENSQUALITÄT über WACHSTUM

SELBSTVERTRAUEN

POLITISCHE – POLITISCHE FRAGEN

KONTROLLE VON QUELLEN IM BRENNPUNKT

DEMOKRATIE

KENE UNTERDRÜCKUNG

ZUSAMMENARBEIT

TEILNAHME

Das Problem läuft schließlich darauf hinaus, daß eine wertneutrale Definition gefunden werden muß, die einen breiten Konsens zwischen den Menschen einer Gemeinschaft mit sehr unterschiedlichen Auffassungen über die Perspektive des Lebens ermöglicht (Brooks, 1992). Dies bezieht sich ebenso auf die Entwicklungsstrategien eines Landes oder einer Region. Der Großteil der Bevölkerung postkommunistischer Länder beschäftigt sich vorwiegend mit der Frage, wie die Rückstände im Lebensstandard aufzuholen sind. Für den Wissenschaftler (und einzig aus dieser Sichtweise kann ich sprechen) läuft die Frage darauf hinaus, ob eine wissenschaftliche Einschätzung und nicht eine trans-wissenschaftliche Beschlußfassung über die Kriterien der Nachhaltigkeit möglich ist. Dies ist ein ewiges Thema des Unterneh-

mertums in Entwicklungsländern, besonders in rückständigen Ländern, das in der Mehrzahl der entwickelten Länder des Westens als verschlissen und verbraucht angesehen werden kann. In Mittel- und Osteuropa, in den postkommunistischen Ländern gibt es zahlreiche Hinweise darauf, daß Diskussionen gerade in dieser Kategorie von Fragen stattfinden.

Die Nachhaltigkeit (*sustainability*) ist kein technisches Problem oder ein Merkmal eines Projekts oder einer Strategie (Munro, 1995). Vielmehr handelt es sich um eine Vision der Zukunft, die die Entscheidungsträger (*decision makers*) mit dem Äquivalent einer Straßenkarte ausstattet, die ihnen bei der Entscheidung hilft, welcher Weg einzuschlagen ist. Die Nachhaltigkeit muß ihren Schwerpunkt auf ethische und moralische Grundsätze setzen, die dem Wirken sowohl von Einzelpersonen als auch von institutionellen Strukturen, staatlichen und nichtstaatlichen (NGO) eine Richtung geben müssen.

Nachhaltigkeit bedeutet Kontrolle der Gemeinschaft über das Kapital in all seinen Formen – menschliches, natürliches, soziales und kulturelles. Demnach ist die Nachhaltigkeit nur dann möglich, wenn eine Garantie der wirtschaftlichen Sicherheit besteht, sowohl für das Individuum als auch für die Gemeinschaft. Dies wiederum ist nur in einer demokratischen Gesellschaft möglich, und in einer Gesellschaft, in der das System der Entscheidungsprozesse demokratisch transparent ist. Eine der wichtigeren und in diesem Rahmen untrennbaren Zielsetzungen ist die Aufrechterhaltung der Integrität des natürlichen Ökosystems (Viederman, 1993).

NACHHALTIGKEIT UND GESELLSCHAFTSSYSTEM

Bereits jetzt kommen einige Mängel unterentwickelter Demokratien in postkommunistischen Ländern zum Vorschein, und dies gilt auch für Kroatien. In erster Linie fehlt es an jener lokalen, kommunalen Verantwortung, die für entwickelte Länder in Westeuropa kennzeichnend ist. Darüber hinaus ist das System des Entscheidungsprozesses noch weit von der Transparenz und Kontrollierbarkeit entfernt. Dabei muß man begreifen (Viederman, 1995), daß die Umweltprobleme, die uns heute zu schaffen machen, auch im Westen nicht durch unvorhergesehene Ereignisse, sondern durch technologische und wissenschaftliche Erfolge vergangener Zeiten hervorgerufen wurden. Nennen wir nur zwei Beispiele: (1) die moderne, chemisch beeinflusste, in höchstem Maße ertragreiche Landwirtschaft und (2) die Technologie der Kernenergie. Als Beispiel dafür dienen in den ehemaligen Ländern der zentralen Planwirtschaft die großen Probleme der ehemaligen UdSSR: Landwirtschaft, Vernichtung des Aralsees wegen Ableitung der Bewässerungsanlage, die Atomkatastrophe von Tschernobyl oder das vorsätzliche Versenken ausgedienter Kernreaktoren im Kara Meer (*Kara sea*). Dies waren Ereignisse, die lange Zeit vertuscht und ohne angemessenen Einfluß der Gesellschaft, aber auch ohne soziale und moralische Verantwortung der Entscheidungsträger ausgeführt wurden. Und für demokratische Länder gilt gleichermaßen wie für postkommunistische Länder das Problem, daß es politisch und gesellschaftlich schwer tragbar ist, daß gerade diejenigen, die die Probleme geschaffen haben, zu ihrer Lösung aufgerufen werden. In einer Reihe von Ländern Mittel- und Osteuropas wirkt die auf demokratischem Wege vollführte Rückkehr reformierter Kommunisten zur Macht solche Fragen auf. Trotz anderslautender Äußerungen ist der zentrale Teil der Gesetzgebung zu Um-

weltfragen betroffen. Besonders wichtig ist, daß die Frage der Nachhaltigkeit nicht von einem Wissensmangel abhängt. Die dauerhaft umweltgerechte Entwicklung und das Umweltmanagement entwickelt sich mehr und mehr zu einem Problem des politischen Willens und der Macht. Dabei sollte nicht die autoritäre Staatsobrigkeit als jene macht aufgerufen werden, die zur Lösung der Probleme des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit imstande ist. Geschichtliche Angaben zeigen, daß demokratische Gesellschaften diese Probleme weitaus wirkungsvoller zu lösen vermochten als autoritäre. Darin liegt auch eine große Lehre für viele postkommunistische Länder, von denen viele zu autoritären Systemen neigen.

Viederman (1995) führte fünf deskriptive Kriterien zur Interpretation der Nachhaltigkeit an (*Tabelle 3*).

TABELLE 3

Nachhaltigkeit (dauerhaft umweltgerechtes Leben, dauerhaft umweltgerechte Entwicklung)

FÜNF DESKRIPTIVE KRITERIEN DER NACHHALTIGKEIT:

1. EIN SOZIALES KONSTRUKT
2. EINE VORSTELLUNG VON WÜNSCHENSWERTER (UND GEWÜNSCHTER) ZUKUNFT
3. EIN SOZIALER PROZESS MIT EINEM ANFANG, ABER OHNE FESTLEGbares ENDE
4. BEDINGT DURCH SOZIALEN KONTEXT, ORTSABHÄNGIG
5. VERBUNDEN MIT EINEM NATÜRLICHEN ÖKOSYSTEM UND/ODER MODIFIZIERT DURCH SEIN VERHÄLTNIS ZU ANDEREN UNTERSYSTEMEN
(WIRTSCHAFTLICHE, KULTURELLE, POLITISCHE, WISSENSCHAFTLICHE usw.)

Möglicherweise weisen diese Stichworte darauf hin, daß die Nachhaltigkeit als deskriptiver Begriff in diesem Rahmen akzeptierbar ist, aber daß sich mögliche Interpretationen notwendigerweise unterscheiden. Die Gesellschaftssysteme in (post)kommunistischen Ländern verlassen sich auf die Erkenntnis, daß die Angaben in der Wissenschaft unsicher sind, daß das Wertsystem ständigen Änderungen unterworfen ist, daß der Bedarf an gesellschaftlichen Investitionen hoch ist und, das Wichtigste, daß Entscheidungen schnell gefaßt werden müssen. Auch in zahlreichen marktwirtschaftlichen Ländern besteht wegen der politischen und sozialen Umstände keine Politik (*policy!*) zur Durchführung der Nachhaltigkeit. In zahlreichen postkommunistischen Ländern wiederum besteht eine geradezu paranoide Furcht vor kritischen, politisch schwerwiegenden Entscheidungen. Man greift auf die Umverteilung des bestehenden, wenn auch gewöhnlich spärlichen natürlichen und geschaffenen Kapitals zurück, anstatt neues Kapital zu schaffen. Der Gegenstand der Änderung (von der Sprache bis zu Landeigentum) wird mit viel Reden bedacht, über die zur Änderung notwendigen Prozesse macht man sich dagegen viel weniger, ungenügend Gedanken. Es ist wenig darüber bekannt, wie diese Prozesse systematisch geleitet werden, und man weiß so gut wie nichts darüber, wie das Verhalten von Institutionen und Einzelpersonen in der Anfangsphase dieser Prozesse zu ändern ist. Daß Kroatien an den gleichen Problemen krankt, muß nicht besonders betont werden.

Für viele postkommunistische Länder, und damit auch für Kroatien, ist kennzeichnend, daß sie nicht in der Lage sind, die *Entwicklungswissenschaft* zu institu-

tionalisieren. Folgt man den Empfehlungen der ASCEND 21, so muß diese Wissenschaft holistisch sein. Deswegen muß auch das Bildungssystem, von der Vorschul- bis zur Hochschulebene, ebenfalls holistisch sein. In Kroatien überwiegt, jedenfalls vorerst, der Reduktionismus, und zwar jener der extremen Art. Der Grundsatz, daß es kein Problem hinsichtlich der Entwicklung und des Umweltschutzes gibt, das rein monodisziplinär, individuell, auf Einzelpersonen oder auf einen engen Personenkreis beschränkt wäre, bleibt unbeachtet. Dieses Problem wurde bereits in den dreißiger Jahren von dem Wirtschaftsexperten John Maynard Keynes erkannt, der sagte (Viederman, 1995), daß Schwierigkeiten nicht bei der Einführung neuer Ideen, sondern bei der Abwendung von alten Ideen auftreten. Und der Kommunismus herrschte in Mittel- und Osteuropa ein halbes Jahrhundert lang vor; seine Ideen und Weltanschauungen sind tief im Bewußtsein mehrerer Generationen verankert.

Alle postkommunistischen Länder stehen bewußt oder unbewußt noch einer Wahrheit gegenüber: das klassische Marktsystem ist offen; es existiert aber innerhalb eines begrenzten und geschlossenen globalen Ökosystems. In zahlreichen lokalen Ökosystemen nähern wir uns der imaginären, aber auch wirklichen Grenze der Aufnahmefähigkeit. Die Auffassung von der Belanglosigkeit der Natur und die Verehrung der Technologie ist weit verbreitet. Dies führt zu der Auffassung, natürliche Systeme seien durch Technologie grenzenlos bewirtschaftsfähig und beherrschbar. Die Enttäuschung, besonders in postkommunistischen Ländern, kommt auch daher, daß die Anhäufung materiellen Reichtums nicht automatisch zu Gleichheit und Gerechtigkeit führt, weder innerstaatlich noch zwischenstaatlich. Das Marktsystem hängt vom Willen und Wünschen ab und belastet damit das Ökosystem und die gesellschaftliche Einrichtung. Jeder ernstzunehmende Politiker weiß, daß er mit Problemen des Exzesses und nicht des Bedarfs zu kämpfen hat. Als Wissenschaftler habe ich das Gefühl, daß eines der Hauptprobleme der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes in der Bildung auf allen Ebenen liegt. Es stellt sich das Problem, wie eine Bildung für Politiker zu organisieren wäre?

TABELLE 4
Umweltraum

Definition: DIE MENGE NATÜRLICHER RESSOURCEN, DIE INNERHALB DES RAHMENS DAUERHAFT UMWELTGERECHTEN LEBENS GENUTZT WERDEN KANN	
FÜNF INDIKATOREN DES UMWELTRAUMS:	
1. ENERGIE	TYP, PRODUKTION, GEBRAUCH PER EINHEIT PRODUKTION (ODER PRO EINHEIT DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS)
2. WASSER	TRINKWASSER, ERHALT VON OBER- ODER UNTERIRDISCHEM WASSER
3. BODEN	ZUSTAND LANDWIRTSCHAFTLICHER FLÄCHEN, WÄLDER GESCHÜTZTE GEBIETE, URBANISIERUNG
4. NICHT ERNEUERBARE RESSOURCEN	NUTZUNG FOSSILER BRENNSTOFFE, VERBRAUCH VON METALLEN
5. ERNEUERBARE RESSOURCEN	HOLZ (ALS INDUSTRIELLES ROHMATERIAL ODER ALS ENERGIEQUELLE)

In *Tabelle 4* sind einige Kriterien der Nutzung von Ressourcen angeführt, die durch den Begriff des Umweltraums (*environmental space*) definiert werden können.

Dies ist einer der möglichen Annäherungsversuche an die Auffassung, daß das Wirtschaften mit Ressourcen, und zwar in jenem räumlichen Rahmen, in dem sich die gegenseitigen Verhältnisse miteinander verflechten, die Grundlage des Umweltschutzes bildet.

KROATIEN UND SEIN VERHÄLTNISS ZU DEN NEUEN TRENDS

Kennzeichnend für Kroatien ist die wirtschaftliche Einschätzung, daß der Großteil des Kapitals naturgegeben und ein wesentlich geringerer Teil geschaffen (anthropogen) ist. Einigen Schätzungen zufolge liegt das Verhältnis möglicherweise bei 80% zu 20%. Demnach wäre es weder unerwartet noch außergewöhnlich, wenn jegliche Entwicklung, besonders aber die schnelle, überwiegend auf Kosten der Ausbeutung natürlichen Kapitals ginge. Das Interesse für Investitionen in die kroatische Wirtschaft ist schwach, nicht nur wegen der Kriegsumstände.

TABELLE 5
Entwicklungsalternativen

AKTION	KOSTEN DER AKTION			
	SOZIALE	WIRTSCHAFTLICHE	FÜR DIE UMWELT	
			VORTEILE	NACHTEILE
1. STILLEGUNG				
VCM	MITTEL	HOCH	LUFT, GESUNDHEIT	KEINE
ALUMINIUM	GERING	MITTEL	LUFT, WASSER, GESUNDHEIT	KEINE
EISENLEGIERUNG	MITTEL/GERING	MITTEL	LUFT, GESUNDHEIT	KEINE
2. KONZENTRATION UND RESTRUKTURIERUNG	HOCH (BEVÖLKERUNGSVERSCHIEBUNGEN)	SEHR HOCH (REGIONALE UNAUSGEWOGENHEIT)	VERBESSERUNG IN ANDEREN REGIONEN	GEOPFERTE ZONEN; AUSBREITENDE DEGRADIERUNG DES ÖKOsystems
3. BEIBEHALTUNG DES GEGENWÄRTIGEN ZUSTANDS				
KURZFRISTIG	KEINE	KEINE	KEINE	DEGRADIERUNG DER UMWELT
LANGFRISTIG	SOZIALE UNRUHE	VERLUST DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT	KEINE	VERLUST DER BIODIVERSITÄT; VERLUST DER ELASTIZITÄT DES ÖKOsystems

In *Tabelle 5* sind einige Entwicklungsalternativen angeführt, die, obwohl in der entwickelten Welt geschaffen, einen bedeutenden Einfluß auf die weitere wirt-

schaftliche Entwicklung Kroatiens haben. Die Tabelle führt Kosten für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt an, die für (1) die Stilllegung einiger kritischer Produktionsanlagen, (2) die Konzentration und Restrukturierung dieser Anlagen sowie für (3) die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands anfallen. Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß die Stilllegung einiger umweltverschmutzender Industrieanlagen für die Umwelt am vorteilhaftesten und die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands am unvorteilhaftesten wären.

Die Fremdenverkehrsaktivitäten entlang der Adriaküste und einigen zehn größeren Inseln zeugen von dem Wesen des Interesses an kroatischem Naturkapital und seinen Entwicklungsmöglichkeiten. Deshalb kommt dem neu geschaffenen Staat die Rolle des Wächters über dieses wertvolle Naturkapital zu. Heutzutage wird dies durch die Schaffung einer restriktiven Gesetzgebung bewerkstelligt, und durch die Schaffung von Voraussetzungen für eine wirksame Lokalverwaltung, die sich um den Zusatz und die Qualität der Umgebung zu kümmern hat. Das wichtigste und grundlegende Problem bei der Durchführung der Wirtschaftspolitik liegt in diesem Rahmen in der Beibehaltung des Interesses für die Entwicklung und die nachträgliche Einführung nicht verwirklichter Umweltschutzregulativen.

Kroatien hat an der UNCED Konferenz in Rio de Janeiro teilgenommen, vertreten durch den Vorsitzenden der Koalitionsregierung. Es akzeptierte und unterzeichnete beide auf dieser Konferenz vorgeschlagene neue Resolutionen: jene über die Erhaltung der Biodiversität und jene über die Verhinderung des Klimawechsels. Die aus diesen Konventionen hervorgehenden Verpflichtungen bzw. Konsequenzen sind bis zum heutigen Tag, vier Jahre nach der Unterzeichnung, nicht verwirklicht worden. Möglicherweise muß ich diese Behauptung, die so kennzeichnend ist für die Einstellung gegenüber Verpflichtungen internationalen Charakters, nicht als Hauptbeispiel für Probleme, mit denen Kroatien zu kämpfen hat, anführen, sondern als kennzeichnendes Merkmal des Verhältnisses zur Umwelt und Entwicklung.

Die Konvention über die Erhaltung der Biodiversität spiegelt die neuen Auffassungen in den Bestrebungen zu einer Globalpolitik bezüglich der Beziehungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Umweltschutz wider (Glowka et al., 1994). Sie ist der Ausdruck einer adaptiven Herangehensweise an die neu geschaffene Lage, an die veränderten Umstände in der Umwelt, die sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Die Konvention kennt keine feste, unveränderliche Regeln, unveränderliche Kriterien oder Standards. Darüber hinaus finden darin die Grundsätze, die die vorherrschende Doktrin aus den Sechzigern und Siebzigern darstellen, beispielsweise das Prinzip des Befehls und Beherrschens (*command-and-control principle*) nicht die geringste Erwähnung. Kennzeichnend ist, daß die Konvention nicht der Rechtsnorm der Europäischen Gemeinschaft folgt, die Ziele, „zufriedenstellende Qualitätsgrade“ von Wasser, Luft, Erzeugnissen und anderen verpflichtenden Aktivitäten vorschreibt (European Community, 1993). Statt dessen stellt die Konvention den Entscheidungsprozeß auf eine nationale Ebene. Denn Artikel 1 formuliert die Zielsetzungen (*objectives*), und dann wird durch Artikel 6 von jedem einzelnen Mitgliedsstaat die Formulierung nationaler Strategien und Pläne zur Anwendung gefordert. Dabei gelten als Voraussetzungen die Forderungen nach Einführung (1) eines Informationssystems, (2) eines innovativen Ma-

nagements, (3) einer angemessenen Gesetzgebung und (4) wirtschaftlicher Stimulationen. Für all diese Tätigkeiten ist auch ein zeitgemäßes Aufsichtssystem (monitoring) erforderlich.

Das kroatische legislative System kennt hauptsächlich nur die sich nach Sektoren richtende Herangehensweise. Im Umweltschutzgesetz, das durch die Integration von Entwicklung und Umweltschutz modern konzipiert sein sollte, überwiegt der nach Sektoren aufgeteilte Schutz. Das bestehende Umweltschutzgesetz war bereits bei seiner Verabschiedung veraltet; erfolgreich ist es eigentlich nur als Dienstordnung zur Erteilung „grüner Diplome“, einer Tätigkeit von hoher Subjektivität. Es bestehen keine anderen Gesetze, die die Kontrolle über ein Segment der Natur integrieren würden, indem sie es mit einem anderen Segment verbinden. Das Gesetz über die Reinerhaltung von Luft schützt in keinsten Weise die Gewässer, und große Industrieanlagen reinigen die Luft bestenfalls durch die Umleitung der Schadstoffe ins Wasser. Weitere Erörterungen erübrigen sich, denn das Umweltschutzgesetz reflektiert die Konvention über den Schutz der Biodiversität nur unzureichend. Kroatien verhält sich ungerecht gegenüber seiner Umwelt, indem es die technologische Entwicklung, ja sogar die extensive Fremdenverkehrswirtschaft auf Kosten der Umweltausbeutung fördert, und zwar in Gebieten, die unter Naturschutz stehen, vor allem aber im adriatischen Küstenstreifen.

Was folgt aus der Betrachtung dieses Zustands? Es folgt nur die Bestätigung, daß Kroatien jene Entwicklungsweise fortsetzt, die für die „wirtschaftlich erfolgreichen“ Jahre des kommunistischen Systems kennzeichnend war: Entwicklung um jeden Preis! Die vorherrschende Philosophie des Großteils der Wirtschaftsexperten und der Mehrheit aller bisherigen Regierungsmitglieder läuft darauf hinaus, daß der Umweltschutz auf bessere Zeiten verschoben wird. Dies erweist sich um so mehr wahr, als die Stilllegung einiger großer Industrieanlagen – großer Umweltverschmutzer – nur dort und dann erfolgt, wenn diese Anlagen gleichzeitig wirtschaftlich überholte Technologien darstellen bzw. wenn sie wirtschaftlich Verluste machen.

Die Besonderheit der zweiten Rio-Konvention, jener über den Klimawechsel, liegt darin, daß sie solche wirtschaftliche Zustände vorschreibt, die zu einer Verringerung der Menge der „Glashaus“ Gase (*greenhouse gases*), in erster Linie von Kohlendioxid (CO₂) führen werden. Kroatien hat nur Pläne für den Bau neuer Kraftwerke, die überwiegend durch importierte Kohle betrieben werden. Eine klare Strategie, die die aus der Konvention hervorgehenden Verpflichtungen berücksichtigen würde, ist auch heute noch nicht in Sicht. Die Reaktion der lokalen Bevölkerung Istriens oder Mitteldalmatiens, wo sich die Standorte der geplanten Kraftwerke befinden, ist verbitterte Ablehnung. Der NIMBY-Effekt (Not In My Backyard) ist sehr verbreitet; nicht deswegen, weil die Konvention und die daraus folgenden Verpflichtungen bekannt wären, sondern aus Protest gegen die Degradierung der örtlichen Bevölkerung zu Beobachtern einer Tätigkeit, die in ihrer Region für den Bedarf anderer unternommen wird. Leider sind die Reaktionen der Bevölkerung unter dem Standpunkt des Umweltschutzes nur emotional und nicht rational.

Obwohl darin Erscheinungen sichtbar werden, die auch in Ländern stabiler Demokratie und Marktwirtschaft, also Ländern, die nicht das geschichtliche Mißgeschick hatten, einen Zeitraum kommunistischer zentraler Planwirtschaft zu durch-

laufen, nicht unbekannt sind, so handelt es sich dennoch um Reaktionen des gesellschaftlichen Mißtrauens gegenüber den Trägern der Regierungsgewalt. Darin liegt auch das Problem zahlreicher postkommunistischer Länder. Trotz der spezifischen Umstände bei der Schaffung des nationalen Staats und des Kriegs zu seiner Verteidigung fiel Kroatien dennoch unter den Einfluß einer schlechten Bildungspolitik für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, und die genannten Beispiele sind die Ergebnisse eines solchen Zustands.

Die ersten, möglicherweise spontanen Reaktionen des Staates auf diese Erscheinungen sind charakteristisch. Wo der Staat kein unmittelbares Interesse oder, besser gesagt, keinen sichtbaren Nutzen hat, vernachlässigt er seine Verpflichtungen. Wo staatliche und unternehmerische Interessen im Vordergrund stehen, richtet sich die ganze Kraft des Staates auf die Verwirklichung von Teilzielen aus, sogar unter dem Preis der Vernachlässigung internationaler Verpflichtungen.

Ich hätte auch das Herangehen an die Konvention von Barcelona, zwei Jahrzehnte nach ihrer Verabschiedung und Ratifizierung, analysieren können. Kroatien hat mit der Nachfolge des ehemaligen Staates die Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes des Mittelmeeres leichtfertig übernommen. Außer zahlreichen wissenschaftlichen und Raumplanungsstudien sowie des Monitorings einiger Schadstoffe (*pollutants*) sind weitere obligatorische Aktivitäten eigentlich überhaupt nicht in Angriff genommen worden. Wirtschaftsprognosen zufolge wird das Gebiet der Adriaküste zu jenen kroatischen Regionen gehören, die im nächsten Jahrzehnt den größten wirtschaftlichen Aufschwung erleben werden, dies aber unter Gefährdung des Umweltkapitals dieser Region.

Zahlreiche Ähnlichkeiten wären auch in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten zu finden. Dies geht zumindest aus der Erfahrung hervor, die wir durch die Zusammenarbeit mit der für diese europäische Region zuständigen Programmgruppe der IUCN (International Union for the Conservation of Nature) gemacht haben. Unter ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten ähneln sich die Probleme sehr. Es war traurig, mitanzusehen, wie einige Politiker im Jahre 1990 den ökologischen Gesamtschaden der postkommunistischen Länder auf etwa 600 Milliarden USD schätzten und erwarteten, daß der Westen die Kosten für die Behebung dieses Schadens tragen würde. Für die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine reale und neue Entwicklungs- und Umweltschutzpolitik fand man in diesen Ländern nicht viel Gehör.

Dabei hat das 6. Kapitel der IUCN-Strategie für dauerhaft umweltgerechtes Leben unter dem Titel „Änderung persönlicher Einstellungen und Praxen“ (Changing of personal attitudes and practices – IUCN, 1991) bereits zu Beginn der Demokratisierung Europas den Kernpunkt und die Struktur der entstehenden sozialen Probleme angekündigt. Die Antwort lautet: Bildung auf allen Ebenen. Die Frage ist nur, haben wir genügend Zeit, um auf gebildete Menschen warten zu können, bevor wir das gute alte Europa in eine nicht mehr zu erhaltende Gemeinschaft verwandeln.

Danksagung. Ein Großteil der Angaben aus Literatur und Forschung, die zu den in der vorliegenden Arbeit angeführten Erkenntnissen führten, sind das Produkt des Autorenprojekts Bildung für dauerhaft umweltgerechte Gesellschaft, finanziert von dem Higher Education Support Program (HESP) der Europäischen Universität, Prag und Budapest.

LITERATURVERZEICHNIS:

- Brooks, H. (1992). The Concepts of Sustainable Development and Environmentally Sound Technology. *ATAS Bulletin*, 1(7):19:24.
- Brundtland, G. H. (1987). The World Commission on Environment and Development (Gro Harlem Brundtland, Chairperson), **Our Common Future**. Oxford: Oxford University press.
- Chiras, D. D. (1995). Principles of Sustainable Development: A new Paradigm for the Twenty First Century, *Enviro. Carcino. and Ecotox. Revs.*, C 13(2):143–178.
- Dooge, J. C. I., Goodman, G. T., La Riviere, J. W. M., Marton-Lefevre, J., O'Riordan, T. und Praderie, F. (1992). **An Agenda for Science for Environment and Development into the 21th Century (ASCEND 21)**. Paris: ICSU/Cambridge: University Press.
- *** European Community, (1993). The Fifth Programme: A new Strategy for the Environment and Sustainable Development. *Off. J. Eur Commun.*, C 138:(36).
- Glowka, L., Burhenne-Guilmin, F. und Synge, H. (1994). **A Guide to the Convention on Biological Diversity**. Gland and Cambridge: IUCN.
- Grumbine, R. E. (1994). What is Ecosystem Management. *Conservation Biol.*, 8:27–38.
- *** Independent Commission on International Development Issues (Willy Brandt, Chairman) (1980). **North – South: A Programme for Survival**. London: Pan Books.
- *** IUCN (1991). **Caring for the Earth: A Strategy for Sustainable Development**. Gland: IUCN, UNEP and WWF.
- Munro, D. A. (1995). Sustainability: Rhetoric or Reality. U: Trzyna, T. C. und Osborn J. K. (Eds.). **A Sustainable World – Defining and Measuring Sustainable Development**. London: IUCN and Intl. Center for Environment and Public Policy, Earthscan Publ.
- *** United Nations (1992). **AGENDA 21**, Doc. A/CONF.151/4 P. I – IV. New York.
- Viederman, S. (1995) Knowledge for Sustainable Development: What Do We Need to Know? U: Trzyna, T. C. und Osborn J.K. (Eds.), **A Sustainable World – Defining and Measuring Sustainable Development**. London: IUCN and Intl. Center for Environment and Public Policy, Earthscan Publ.

CONTEMPORARY ISSUES OF THE COMPREHENSION OF SUSTAINABLE DEVELOPMENT AND ENVIRONMENTAL PROTECTION IN POST-COMMUNIST COUNTRIES:
AN EXAMPLE OF CROATIA

VELIMIR PRAVDIĆ

Center for Marine Research, „Ruder Bošković“ Institute, Zagreb

SUMMARY

The paper deals with the origins and the definitions of sustainable development, as practiced in the two European regions: the western European Community, and in the post-communist countries of Central and Eastern Europe, to which also Croatia belongs. The overview of events in environmental concern world-wide, in the last 25 years, shows that there is evidence of fast changes which have left communist countries behind. Major concern of the paper is the existing lack of accepted definition and of criteria for the identification of sustainable development. Five recognition criteria are given as presented in the open literature. Using the examples of implementation of Conventions accepted at the UNCED Conference in Rio de Janeiro in 1992, the paper discusses the shortcomings of current policies of sustainability in Croatia.

KEY WORDS: Croatia, environmental protection, sustainability, sustainable development